

EU-Kommission legte Aktionsplan für Waldschutz und Aufforstung vor

Utl.: Timmermans: Klimaziele können ohne Schutz der Wälder nicht erreicht werden - EU-Länder durch Handel und Konsum an Waldzerstörung beteiligt

Brüssel/EU-weit (APA) - Die EU-Kommission will die Bemühungen der Europäischen Union für Waldschutz und Wiederaufforstung weltweit steigern. "Wir werden unsere Klimaziele nicht erreichen, ohne die Wälder zu schützen", sagte Vize-Kommissionspräsident Frans Timmermans am Dienstag in Brüssel und stellte einen neuen Aktionsplan vor. Waldflächen sind ein wichtiger CO₂-Speicher.

Deren Zerstörung sei ein globales Problem, erklärte Jyrki Katainen, EU-Kommissar für Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. In Europa werde zwar mehr aufgeforstet als abgeholzt, die EU-Länder seien jedoch durch Handel und Konsum daran beteiligt.

Der vorgelegte Ansatz der EU-Kommission bezieht daher die Produzenten- und Konsumentenseite gleichsam ein und will die internationale Zusammenarbeit verstärken. Dafür soll laut Timmermans eine Plattform für eine "globale Allianz" zum Schutz der Wälder zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft, Produzenten und Konsumenten geschaffen werden.

Gefördert sollen auch strengere Zertifizierungssysteme werden, die Produkte kennzeichnen, für die keine Wälder zerstört wurden. Ziel sei es, Anreize für "abholzungsfreie" Handelsketten zu schaffen, auch die Entwicklungszusammenarbeit soll dahin gehend ausgerichtet werden.

Sowohl private als auch öffentliche Investitionen will die EU-Kommission in Richtung nachhaltige Landnutzungspraktiken umleiten. EU-Kommissar Katainen sieht in der nachhaltigen Bewirtschaftung von Waldflächen einen zukunftssträchtigen "grünen" Wirtschaftszweig, indem zwischen zehn und 16 Millionen Arbeitsplätze weltweit geschaffen werden könnten.

Die Maßnahmen sollten laut Timmermans von der künftigen EU-Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen, die am 1. November planmäßig ihre Arbeit aufnimmt, in Rechtsvorschläge übergeleitet werden. Dies sieht die Umweltschutzorganisation Greenpeace als höchst dringlich an. Für Greenpeace ist der Aktionsplan nicht ausreichend, um die von der Handels- und Landwirtschaftspolitik der EU verursachten Schäden anzugehen. "Die heutige Mitteilung zeigt, dass sich diese Kommission der Rolle der EU bei der weltweiten Entwaldung sehr wohl bewusst ist, aber nicht den politischen Mut hat, ihre Handels- und Landwirtschaftsdogmen infrage zu stellen", so der Greenpeace-EU-Rechtsexperte Andrea Carta in einer Aussendung.

"Der Zugang zu neuen Märkten für eine Handvoll multinationaler Unternehmen darf die ökologischen, klimatischen und menschlichen Kosten von Handelsabkommen wie dem Abkommen EU-Mercosur nicht überwiegen", mahnte er. Nach Ansicht der Umweltschutzorganisation müssen neue politische Regelungen auch dazu beitragen, den

übermäßigen Verbrauch von Fleisch und Milchprodukten in Europa zu verringern, der einen wichtigen Treiber für die Entwaldung darstelle.

Die ÖVP-EU-Abgeordnete Simone Schmiedtbauer begrüßte die Initiative, vermisste jedoch "konkrete Aktionen" angesichts des "Klimastresses", dem Europas Wälder ausgesetzt seien. Sie fordert einen "Solidaritätsfonds zur Abschwächung der Auswirkungen von Klimawandel-Folgeschäden in der Forstwirtschaft" im Mehrjährigen Finanzrahmen der Union von 2021-2027 (MFR), der bis Ende des Jahres verabschiedet werden soll.

Wälder beherbergen nach Angaben der Kommission 80 Prozent der Biodiversität an Land, sind die Lebensgrundlage eines Viertels der Weltbevölkerung und spielen bei der Bekämpfung des Klimawandels eine entscheidende Rolle. Zwischen 1990 und 2016 seien 1,3 Millionen Quadratkilometer Waldfläche weltweit zerstört worden, mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 800 Fußballfeldern pro Stunde. Zu den Hauptgründen für die Abholzung zählten der Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln, Biotreibstoff, Nutzholz und andere Rohstoffe.